

K-5 Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 10.12.2020
Tagesordnungspunkt: K-5 Kapitel 5

1 5. Vielfalt leben - in Freiheit und Gleichheit

2 Berlin ist die Stadt der Freiheit. Hier leben knapp vier Millionen Menschen mit den
3 unterschiedlichsten Biographien, Identitäten, Zielen und Träumen. Unsere Vision ist eine
4 Stadt, die der Vielfalt ihrer Bewohner*innen gerecht wird. Der Staat kann und soll das
5 Zusammenleben von Menschen nicht steuern und organisieren. Aber er ist in der Pflicht, das
6 Versprechen des Grundgesetzes auf Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung und
7 Selbstbestimmung für alle Wirklichkeit werden zu lassen. Wir werden dafür sorgen, dass
8 Strukturen der Diskriminierung und Ungleichmachung aufgebrochen werden, dass Hass und
9 Spaltung keine Chance haben, dass niemand Angst haben muss, das eigene Leben frei zu
10 gestalten. Für uns sind Respekt und Anerkennung die Leitprinzipien einer offenen
11 Gesellschaft. Wer die Gesellschaft ändern will, muss bei sich selbst beginnen. Deshalb haben
12 wir uns als Partei auf den Weg gemacht und damit begonnen, Diskriminierungen und
13 Ausschlussmechanismen in unseren Strukturen zu identifizieren und abzubauen. Uns ist
14 bewusst: Menschen, die der weißen Mehrheitsgesellschaft angehören, müssen ihre eigenen
15 Privilegien kritisch reflektieren und aktiv Rassismus verlernen. Menschen, die in unserer
16 Gesellschaft von Rassismus betroffenen sind, müssen sichtbar werden und zu Wort kommen
17 können – in der Politik genauso wie in allen anderen Lebensbereichen. Das wäre ein wichtiger
18 Schritt, um Vielfalt in dieser Stadt leben zu können.

19 Schutz vor staatlicher Diskriminierung und Förderung einer vielfältigen Zivilgesellschaft

20 Wir haben mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz als erstes Bundesland überhaupt wirksamen
21 Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen. Gemeinsam mit dem neuen „Diversity-
22 Landesprogramm“ treiben wir eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung
23 voran. Mit dem „Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt, Respekt.“ unterstützen wir
24 zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und
25 Antisemitismus. Wir werden diese Programme in den kommenden Jahren weiter ausbauen und mit
26 einem Landesdemokratiefördergesetz einen stabilen Rechtsrahmen und eine stabile Finanzierung
27 der Zivilgesellschaft garantieren. Vor Ort wollen wir Menschen stärker an politischen
28 Entscheidungen beteiligen und dazu in allen Bezirken und auf Landesebene Bürger*innenräte
29 etablieren, die sich temporär zu bestimmten Themen bilden und die gewählten
30 Repräsentant*innen beraten.

31 Selbstbestimmung und 50 Prozent der Macht den Frauen

32 Politik für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA – und wir sind erfolgreich.
33 In der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus sind 60 Prozent der Mandatsträger*innen weiblich.
34 Insgesamt liegt die Quote im Abgeordnetenhaus aber nur bei gerade mal einem Drittel. Wir
35 prüfen einen verfassungskonformen Weg für ein Paritätengesetz, damit sich alle Parteien
36 verpflichten, deutlich mehr Frauen in die Parlamente zu schicken, mit dem Ziel einer
37 Ergebnisparität im Abgeordnetenhaus.

38 Freiheit und Selbstbestimmung funktionieren nur ohne Angst und Gewalt. Darum haben wir in
39 den vergangenen Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und das siebte Berliner
40 Frauenhaus eröffnen können. Jetzt kämpfen wir für ein achtes Frauenhaus, denn die
41 Schutzplätze reichen für eine Stadt wie Berlin nicht aus. Wir haben Unterstützung für Frauen

42 und die Anti-Stalking-Beratungsstelle finanziell besser ausgestattet, in den
43 Landesunternehmen Leitlinien gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
44 verabschiedet.

45 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist für uns selbstverständlich – für viele
46 Unternehmen leider noch nicht. Darum setzen wir uns auf Bundesebene weiter für ein echtes
47 Entgelttransparenzgesetz und ein Ende des Ehegattensplittings ein.

48 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt

49 Für uns ist klar, Feminismus geht nicht ohne Queer und Queer-Feminismus nicht ohne Kampf
50 gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung. Wir denken und handeln deshalb „intersektional“,
51 indem wir die Verschränkungen verschiedener Diskriminierungsformen in den Blick nehmen. Und
52 so verstehen wir auch unsere Queerpolitik. Wir unterstützen queere Infrastruktur, die offen
53 ist für alle, und das in der ganzen Stadt. Durch einen ressortübergreifenden Maßnahmenplan,
54 den der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen, bi-, trans*- und inter*-Communities
55 erarbeitet, entsteht eine dauerhafte Struktur für Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann
56 dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu Wort kommen. Diese
57 gemeinsame Arbeit wollen wir fortsetzen.

58 Freiheit schützen und bewahren – wir setzen auf den Rechtsstaat

59 Freiheit für alle erreichen wir nur, wenn sich Menschen in Berlin sicher fühlen können,
60 Angst hemmt Freiheit. Mit einem Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir das größte
61 innenpolitische Reformprogramm in Berlin seit Jahrzehnten realisiert. Mit der Novelle des
62 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir Befugnisse zur Abwehr
63 terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer Verbrechen neu in das Gesetz aufgenommen
64 und gleichzeitig für mehr Bürger*innenrechte sowie Offenheit und Transparenz bei der Polizei
65 gesorgt. Wir haben unser innenpolitisches Versprechen umgesetzt und die Stelle eines
66 unabhängigen Beauftragten für Bürger*innen und Polizeiangelegenheiten geschaffen. Wir sind
67 der Überzeugung, die beste Sicherheitspolitik setzt auf Prävention – indem wir Menschen
68 Chancen im Leben geben und die Polizei vor Ort stärken. Wir wollen eine Polizei, die in den
69 Kiezen verwurzelt ist, die offen mit Fehlern umgeht, rechtsextreme Strukturen in den eigenen
70 Reihen schonungslos aufdeckt und so vielfältig und offen ist, wie unsere Stadt. Genau so
71 entsteht Vertrauen. Gewalt und Extremismus egal welcher Couleur haben keinen Platz in der
72 offenen Gesellschaft. Gegen islamistischen Terror, Rechtsextremismus oder linksradikale
73 Gewalt braucht es ein entschlossenes staatliches Handeln und eine klare
74 gesellschaftspolitische Haltung des Miteinanders aller Menschen, die sich auf dem Boden des
75 Grundgesetzes bewegen.

76 Wir errichten ein neues Anti-Terror-Zentrum, um islamistischen und rechtsextremen Terror
77 besser zu bekämpfen. Nach den Skandalen um vergiftete Schießstände haben wir erkrankte
78 Polizist*innen entschädigt und neue Einsatztrainingszentren gebaut, damit junge
79 Polizist*innen zeitgemäß ausgebildet werden. Die Zulagen für die Einsatzkräfte bei Feuerwehr
80 und Polizei wurden deutlich angehoben. Eine gemeinsame Leitstelle für Polizei und Feuerwehr
81 ist in der Planung, um Berlin für Notfälle sicherer zu machen. Diesen Weg, Ausstattung und
82 Arbeitsbedingungen für unsere Sicherheitskräfte zu verbessern, wollen wir weitergehen.

83 Alle Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können. Dafür brauchen wir eine unabhängige,
84 starke und moderne Justiz. In den vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in
85 riesigen Schritten besser aufgestellt. Wir haben nach vielen Jahren die Soll-Personalstärke
86 im Allgemeinen Vollzugsdienst wieder erreicht, Richter*innen und Staatsanwält*innen
87 eingestellt und für die vielen neuen Stellen in der Justiz zusätzliche Räumlichkeiten
88 geschaffen. Um der organisierten Kriminalität den Geldhahn abzdrehen und Vermögen

89 einzuziehen, haben wir eine Spezialabteilung bei der Berliner Staatsanwaltschaft gegründet.
90 Gerade Verbraucher*innen müssen sich sicher sein können, dass Lebensmittel nicht
91 verunreinigt sind und digitale Angebote Standards des Datenschutzes erfüllen. Um die
92 Rechtsdurchsetzung für alle Menschen zu erleichtern, haben wir Verbandsklagerechte
93 ausgeweitet und sorgen so dafür, dass alle zu ihrem Recht kommen. Der Rechtsstaat ist das
94 Rückgrat unserer Gesellschaft, wir werden ihn weiter stärken.

95 Kulturhauptstadt Berlin

96 Die Welt beneidet Berlin um seine Kunst- und Kulturszene – die freie Szene, die Clubkultur,
97 die vielen Museen, Kinos und Theater. Kunst und Kultur brauchen Freiheit, aber auch eine
98 auskömmliche öffentliche Förderung und hinreichend Räume. Infolge der Corona-Krise, durch
99 Bodenspekulation und Verdrängung ist die Situation vieler Kulturschaffender, Kreativer und
100 privater Kulturorte heute prekärer denn je. Umso mehr kämpfen wir für eine bessere soziale
101 Absicherung von Kulturschaffenden, die Schaffung und den Erhalt künstlerischer Freiräume
102 genauso wie für eine gute kulturelle Grundversorgung und Teilhabe aller Berliner*innen. Wir
103 werden dafür die bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln: durch mehr Mittel
104 für Berlins Freie Szene, junge Sparten und hybride Kulturformen, eine Stärkung der
105 Ankerinstitutionen und kulturellen Bildungsarbeit sowie eine bessere Repräsentanz der
106 gesellschaftlichen Vielfalt – gerade auch in Jurys, Intendanten und Aufsichtsgremien. Das
107 gilt auch für die freien Medien, deren Unabhängigkeit wir gegen alle Angriffe verteidigen.

108 Eine demokratische Gesellschaft wird auch von ihrer Erinnerungskultur zusammengehalten: Wir
109 halten das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus wach und wollen, dass das Erbe
110 und die Orte der friedlichen Revolution im Berliner Stadtraum sichtbar werden. Für die
111 überfällige Aufarbeitung und Erinnerung an die deutsche Kolonialvergangenheit werden wir in
112 Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft die Dekolonisierung der Kultureinrichtungen und -
113 förderung im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben.

114 Freiheit und Gleichheit sind universelle Werte – und Berlin ist ein sicherer Hafen

115 Wir sind glühende Verfechter*innen der europäischen Idee und der europäischen Einigung.
116 Viele Entwicklungen in Europa verfolgen wir derzeit aber mit großer Sorge. Das Erstarken von
117 rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften in Polen, Ungarn und anderen Ländern droht
118 die Europäische Union insgesamt zu zerstören. Die LSBTIQ*-freien Zonen, die die rechte
119 Regierung Polens vorantreibt, sind ein dramatisches Beispiel dieser Entwicklung. Wir
120 arbeiten über unsere Städtepartnerschaften für die Rechte queerer Menschen in Polen und
121 setzen uns im „Rainbow Cities Network“ in über 30 Städten auch auf lokaler Ebene für die
122 Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein. Und Berlin soll ein sicherer Hafen für Menschen sein,
123 die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen mussten. Alle Menschen,
124 die in Berlin ankommen, müssen eine Chance erhalten, sich hier ein Leben aufbauen zu können.
125 Wir machen Berlin im Rahmen rechtlicher Möglichkeiten zu einer guten Heimat für all
126 diejenigen, die in einer weltoffenen, demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen.

127 **5.1 Ein Berlin für alle: für Vielfalt, gegen** 128 **Diskriminierung**

129 Berlin ist offen. Offen für neues, offen für Vielfalt, offen für neue Berliner*innen.
130 Anerkennung und Wertschätzung sind es, die Berlin zusammenhalten und zur Metropole machen.
131 Diskriminierung und das Absprechen von gleichen Rechten zerstören diese lebenswichtige
132 Solidarität. Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) hat Berlin als erstes
133 Bundesland wirksamen Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen und die Rechte der

134 Betroffenen gestärkt. Das LADG setzt bundesweit Impulse für eine vielfältige Gesellschaft
135 und gegen Stigmatisierung. Gemeinsam mit dem ebenfalls in diesem Jahr eingeführten
136 Diversity-Landesprogramm wird die Implementierung einer Kultur der Wertschätzung von
137 Vielfalt in der Verwaltung vorangetrieben. Mit dem Landesamt für Einwanderung ist Berlin das
138 erste Bundesland, das eine eigenständige Einwanderungsbehörde geschaffen und damit die
139 Weichen in Richtung Weltoffenheit und Willkommenskultur gestellt hat.

140 Auch in den nächsten Jahren wollen wir an unserer Vision eines vielfältigen Berlins
141 arbeiten, in der jede*r frei, selbstbestimmt, ohne Diskriminierung und Gewalt leben kann.
142 Wir möchten allen hier lebenden Menschen gleichberechtigt und ohne strukturelle
143 Benachteiligungen ermöglichen, die Gesellschaft mitzugestalten: Berliner*innen der ersten
144 bis x-ten Generation, Ein-Eltern-Familien, Familien mit mehr Eltern oder andere
145 Verantwortungsgemeinschaften, sozial benachteiligte Familien, Menschen aller Geschlechter,
146 Menschen mit oder ohne Behinderung, Gläubige aller Glaubensrichtungen oder Nichtgläubige,
147 LSBTIQ*, Schwarze Menschen, People of Color, Sintize* und Romnja* ebenso wie Kinder,
148 Jugendliche und alte Menschen. Die Voraussetzungen dafür sind ein umfassender Schutz vor
149 Diskriminierung und rechtlich garantierte Chancen auf Teilhabe, gerechte Repräsentation und
150 Mitgestaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen und staatlichen Institutionen.

151 Verwaltung und staatliche Institutionen für Diversität öffnen

152 Die Berliner Verwaltung wollen wir konsequent für die Diversität der Stadtgesellschaft
153 öffnen und ihre Organisationsstrukturen diskriminierungskritisch weiterentwickeln.
154 Teilhabehürden, institutioneller Rassismus und andere strukturelle Diskriminierung müssen
155 identifiziert und abgebaut werden. Aufbauend auf dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)
156 wollen wir Aktivitäten für Vielfalt und Weltoffenheit und gegen Diskriminierung und
157 Extremismus in der Berliner Verwaltung umsetzen und das Berliner Diversity Landesprogramm
158 stetig fortentwickeln. Wir wollen in den Fokus nehmen, wenn Menschen gleich aus mehreren
159 Gründen Diskriminierungserfahrungen machen.

160 In der Verwaltung der Stadt muss sich auch die Stadtgesellschaft abbilden: Diversität ist
161 die Stärke und der Reichtum Berlins. Dafür wollen wir die gerechte Repräsentation von
162 strukturell benachteiligten, insbesondere von rassistischen und antisemitischen
163 Zuschreibungen betroffenen Gruppen in der Verwaltung erreichen und konsequent die
164 Repräsentanz von Schwarzen Menschen und People of Color bzw. Menschen mit Rassismuserfahrung
165 durch positive Maßnahmen im öffentlichen Dienst fördern. Dabei streben wir eine Repräsentanz
166 entsprechend der Bevölkerung an und gehen aktiv auf die Stadtgesellschaft zu, um die
167 Berliner Verwaltung als Arbeitgeberin zu bewerben. Dabei machen wir uns eine intersektionale
168 Perspektive zu eigen, das heißt: insbesondere auf die Förderung von Menschen zu achten, die
169 in mehrfacher Hinsicht diskriminiert werden – beispielsweise durch Sexismus,
170 Behindertenfeindlichkeit oder LSBTIQ*-Feindlichkeit. Auch die deutsche oder EU-
171 Staatsbürger*innenschaft darf nur in Berufen als Voraussetzung verlangt werden, in denen
172 dies absolut notwendig ist.

173 Zivilgesellschaft fördern und einbeziehen

174 Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir in ihrer Arbeit zum Abbau von
175 Diskriminierungen in der Stadt weiter unterstützen, das „Landesprogramm für Demokratie.
176 Vielfalt. Respekt.“ weiter ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen
177 stabilen Rechtsrahmen und eine stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft schaffen.

178 Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Die Grundrechte gelten für alle. Wir erleben aber,
179 dass die Realität staatlichen Handelns nicht immer diesen Idealen entspricht. Deshalb wollen
180 wir eine parlamentarische Enquete-Kommission für die Dauer der nächsten Legislaturperiode

181 einsetzen. Diese wird von allen Fraktionen mit Sachverständigen und Abgeordneten besetzt, um
182 systematisch Informationen aufzubereiten, auf deren Grundlage eine gut informierte
183 politische Entscheidung getroffen werden kann. Ziel ist, Diskriminierung und Rassismus, die
184 von der Berliner Verwaltung und den Sicherheitsbehörden ausgehen, systematisch zu erfassen,
185 Gegenstrategien zu entwickeln und diese gegebenenfalls mit den Maßnahmen im Diversity-
186 Landesprogramm zu verzahnen. Wir wollen rechtsextreme und diskriminierende Strukturen in
187 Berliner Verwaltung und Sicherheitsbehörden identifizieren, die Racial Profiling, Rassismus,
188 Antisemitismus, Transfeindlichkeit und andere Formen der gruppenbezogenen
189 Menschenfeindlichkeit befördern. Bei der Untersuchung soll es aber nicht bleiben: Die
190 Kommission soll institutionelle und zivilgesellschaftliche Handlungsempfehlungen erarbeiten,
191 um diskriminierende Strukturen abzubauen. Ausbildung, interne und externe Regeln und
192 behördliche Organisationsstruktur wollen wir in den Sicherheitsbehörden und der Justiz
193 untersuchen und anhand dieser Ergebnisse weiterentwickeln, das gilt besonders für die
194 Ausbildung angehender Polizist*innen und Jurist*innen. Uns ist es wichtig, explizit die
195 Perspektiven und Expertisen von Menschen, die von Racial Profiling betroffen sind – u. a.
196 Schwarze Menschen, als türkei- und arabischstämmig wahrgenommene Menschen, Sintize* und
197 Romnja* –, bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen.

198 Einbürgerung erleichtern und Wahlrecht ermöglichen

199 Zu einer pluralen Gesellschaft gehört es auch, dass politische Partizipation auf Augenhöhe
200 und unabhängig von der Staatsangehörigkeit möglich sein muss. Dies wollen wir ermöglichen
201 und gleichzeitig auch die Hürden zur Einbürgerung senken. Einbürgerungen wollen wir in allen
202 Bezirken einheitlich und im Sinne der Einbürgerung gestalten; für Menschen, die seit Jahren
203 hier leben, dürfen weder Sprachtests noch Transferleistungsbezug ein Ausschlusskriterium
204 sein. Wer in Berlin gemeldet ist, soll hier auch wählen dürfen: Wir werden weiterhin auch
205 auf der Bundesebene dafür kämpfen, dass das kommunale Wahlrecht und das Landeswahlrecht auf
206 alle ausgeweitet wird, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben. Damit schaffen wir eine
207 weitere wichtige Grundlage für unsere Migrationsgesellschaft.

208 Religiöse und weltanschauliche Vielfalt stärken

209 Zur Vielfalt Berlins gehört auch die religiöse und weltanschauliche Vielfalt.
210 Gemeindezentren sind häufig wichtige soziokulturelle Orte im Kiez, Anlaufstellen für
211 Menschen mit sozialen Problemen oder Beratungsbedarf, Orte der Vernetzung für Engagierte,
212 Sprachrohre für lokale Anliegen. Durch die rasant gestiegenen Mieten sind allerdings gerade
213 viele Moscheegemeinden und kleinere Gemeinschaften, die nicht von der Kirchensteuer
214 profitieren, zum Umzug gezwungen. Gleichzeitig werden neue Stadtquartiere geplant, ohne dass
215 dieser Aspekt des sozialen Zusammenhalts mitgedacht wird. Wir setzen uns für die Entstehung
216 von Gemeinwesenzentren ein, die grundsätzlich allen offenstehen und zu gleichen Bedingungen
217 genutzt und gemietet werden können. Wir wollen sie als soziokulturelle Orte im Kiez stärken
218 und ihren Bestand sichern. Dafür wollen wir Gewerbemieten deckeln und bezirkliche
219 Vorkaufsrechte wo möglich auch für religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften ausüben.
220 Beispielsweise sollen Ausbau- und Umbaumaßnahmen von Moscheegemeinden, Cem-Häuser,
221 Synagogen
222 und Kirchengemeinden, die ihre Räumlichkeiten für Veranstaltungen oder Angebote für den Kiez
223 öffnen, gefördert werden.

223 Wir stehen zur Religionsfreiheit in all ihren Dimensionen. Aber es gibt einige Sonderrechte
224 für anerkannte Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, wo wir dringenden Reformbedarf
225 sehen. So wollen wir mit den christlichen Kirchen auf der Grundlage der bundespolitischen
226 Rahmengesetzgebung so rasch wie möglich in konkrete Verhandlungen über die Ablösung der
227 historischen Staatsleistungen treten.

228 5.2 Ungleichheit zwischen Geschlechtern beenden – die 229 Hälfte der Macht den Frauen

230 Politik von und für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA. Und unser Engagement
231 trägt Früchte: In Berlins landeseigenen Unternehmen sind über die Hälfte der Aufsichtsrats-
232 und Vorstandspositionen mittlerweile in Frauenhand. Damit führen wir im bundesweiten
233 Vergleich. Im Berliner Abgeordnetenhaus hingegen sind gerade mal ein Drittel aller 160
234 Abgeordneten Frauen. Wir Grüne sind stolz darauf, dass 60 Prozent unserer Abgeordneten
235 weiblich sind. Gemäß dem Grundsatz „die Hälfte der Macht den Frauen“ prüfen wir einen
236 verfassungskonformen Weg für ein Paritégesetz. Nur so erreichen wir langfristig eine faire,
237 geschlechtergerechte Politik.

238 Die Corona-Pandemie – eine Krise zu Lasten von Frauen

239 In der Corona-Krise haben wir erlebt, dass weibliche Expertise in Krisenstäben eine
240 Seltenheit war. Das führte dazu, dass die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen in den
241 Hintergrund rückten, während häusliche Gewalt in Berlin um 30 Prozent anstieg, während
242 Schulen und Kitas monatelang geschlossen waren, während Care- und Bildungsarbeit in weiten
243 Teilen privatisiert wurden und stillschweigend auf den „To-do-Listen“ von Frauen landeten.
244 Uns hat das darin bestärkt, weiterhin lautstark paritätische und diverse Besetzungen für
245 Krisenstäbe und alle anderen Gremien zu fordern.

246 Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Berlin

247 Berlin ist das erste Bundesland, das mit der Einführung von Gender-Budgeting in Senats- und
248 Bezirksverwaltungen begonnen hat. Wir haben dem trägen Gender-Budgeting-Prozess in Senats-
249 und Bezirksverwaltungen durch einen Haushaltsbeschluss einen neuen Impuls gegeben und
250 konnten erste Fortschritte erzielen. Um die Umsetzung weiter voranzutreiben, werden wir uns
251 für ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung einsetzen. Auch mit der Gründung
252 der Unternehmerinnenakademie und dem Landesantidiskriminierungsgesetz sind wir wichtige
253 Schritte gegangen, um Frauen zu stärken. Um systematisch in allen Themen Politik für Frauen
254 machen zu können, wollen wir nun mit allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und
255 ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen. Die Strategie soll
256 intersektional wirken, das bedeutet, dass wir Mehrfachdiskriminierungen, etwa durch
257 Rassismus oder Queerfeindlichkeit, stets mitdenken. Außerdem wollen wir eine
258 Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt. Unser
259 Ziel ist eine emanzipatorische Verwaltung. Um das zu erreichen, werden wir die
260 Mitarbeiter*innen entsprechend schulen.

261 Gewaltfrei und gleichberechtigt in Berlin leben

262 Frauen und Kinder sind häufiger Opfer physischer und psychischer Gewalt. Besonders lesbische
263 Frauen, Muslimas, obdachlose Frauen, Frauen mit Behinderung, Trans*, Inter*, Schwarze Frauen
264 und Women of Color sind Gewalt ausgesetzt, was sowohl unmittelbare als auch langfristige
265 Folgen für deren Gesundheit hat.

266 Wir haben in den letzten Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und sind stolz,
267 dass wir das siebte Berliner Frauenhaus eröffnen konnten. Die Schutzplätze reichen für eine
268 Stadt wie Berlin nicht aus, darum fordern wir ein achtes Frauenhaus. Auch die Beratung von
269 Betroffenen haben wir ausgebaut, um Online-Angebote erweitert und die Anti-Stalking-
270 Beratungsstellen finanziell besser ausgestattet. Jetzt wollen wir zusätzlich besonders
271 vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose, und andere
272 (mehrfach) marginalisierte Frauen und nichtbinäre Personen gezielt durch innovative
273 Wohnformen und Projekte mit intersektional angelegter Beratung unterstützen.

274 Berlins große Landesunternehmen sind mit gutem Beispiel vorangegangen und haben Leitlinien
275 gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verabschiedet. Wir haben dafür
276 gesorgt, dass sexistische und diskriminierende Werbung auf landeseigenen Werbeflächen
277 ausgeschlossen wird. Um sie auch auf privaten Flächen zu vermeiden, haben wir ein
278 Expert*innengremium eingesetzt, das bei Beschwerden Handlungsempfehlungen ausspricht und für
279 das Thema sensibilisiert.

280 Für Frauen, die selbst oder deren Töchter von Genitalverstümmelung betroffen oder bedroht
281 sind, wollen wir das Beratungs- und Behandlungsangebot weiter ausbauen und durch
282 Bildungsangebote auch für Männer die Prävention stärken.

283 Wir wollen ein Berlin schaffen, in dem Frauen und nichtbinäre Personen nicht mehr von
284 physischer, psychischer und digitaler Gewalt betroffen sind. Der erste Schritt ist, Gewalt
285 gegen Frauen als solche zu kennzeichnen. Um das Ausmaß des Problems zu verdeutlichen, wollen
286 wir die Kategorie „geschlechtsbezogene Gewalt“ in die Polizeikriminalstatistik aufnehmen.
287 Mit einer umfassenden Studie wollen wir Frauenfeindlichkeit in Berlin untersuchen, um mit
288 den Ergebnissen langfristige Maßnahmen gegen misogynen Gewalt zu entwickeln. Gleichzeitig
289 arbeiten wir daran, die Bandbreite von niedrigschwelligen mehrsprachigen Beratungsangeboten,
290 Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen stetig auszuweiten und die Vorgaben der Istanbul-
291 Konvention konsequent umzusetzen. Polizist*innen, Staatsanwält*innen und Richter*innen
292 wollen wir gezielt für das Thema sensibilisieren und dafür weiterbilden.

293 Selbstbestimmte Sexarbeit ermöglichen. Zwangsprostitution bekämpfen.

294 Wir setzen uns dafür ein, dass Sexarbeit in Berlin stärker als bisher selbstbestimmt, sicher
295 und unter guten Arbeitsbedingungen stattfinden kann. Hierfür wollen wir die Einstiegs- und
296 Umstiegsberatung und mehrsprachige Kontaktstellen ausbauen sowie bei der Gesundheitsberatung
297 und -versorgung nachbessern. Essentiell ist, dass hierbei die Expertise und die Erfahrungen
298 von Sexarbeiter*innen einbezogen werden. Mit Blick auf bekannte Straßenstriche ist es
299 unerlässlich, auch die Perspektiven von Anwohner*innen zu berücksichtigen. Der von uns unter
300 rot-rot-grün einberufene Runde Tisch Sexarbeit hat ein Handlungskonzept vorgelegt, dessen
301 Umsetzung wir weiter vorantreiben, evaluieren und nach Bedarf anpassen wollen.

302 Es gibt Überschneidungen zwischen Sexarbeit als selbstbestimmter Tätigkeit und sexueller
303 Ausbeutung als Teil der organisierten Kriminalität. In den letzten Jahren haben wir die
304 Bekämpfung dieser organisierten Kriminalität im Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung und
305 Zwangsprostitution ausgeweitet und werden dies fortsetzen. Schutzprogramme für
306 Aussteiger*innen, die vor Gericht aussagen, wollen wir weiter ausbauen. Hierbei ist ein
307 sicheres Bleiberecht für alle Betroffenen von Menschenhandel zwingend nötig.

308 Gesundheit – endlich geschlechtergerecht

309 Die Gesundheitsversorgung von Frauen und nicht-binären Personen werden wir verbessern. Dazu
310 gehört, das Angebot an Frauenärzt*innen in allen Bezirken zu sichern und den Zugang zu
311 sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu ermöglichen, gerade in Krisenzeiten. Gleichzeitig
312 haben wir die Bedingungen für sichere und gute Geburten verbessert, indem wir in Kreißsäle
313 investiert haben, indem wir die Ausbildungskapazitäten für Hebammen erhöht haben und mit
314 einer digitalen Plattform die Hebammenuche erleichtern.

315 Wir wollen gendersensible Sexualaufklärung, -beratung und Gesundheitsvorsorge und werden den
316 Zugang zu Reproduktionsmedizin und Familienplanung insbesondere für gleichgeschlechtliche
317 Paare und Singles ausbauen. Dazu wollen wir genderbezogene Gesundheitsforschung stärken und
318 gezielt sowohl cis- als auch trans*-Frauen, nicht-binäre Personen und queere Personen in der
319 medizinischen Aus- und Weiterbildung fördern. Für Gynäkolog*innen und andere Heilberufe

320 wollen wir entsprechende Schulungen ausbauen, um sie für gesundheitliche Fragen von cis- wie
321 von trans*-Frauen sowie für spezifische Fragen zur lesbischen Gesundheit zu sensibilisieren.

322 Auftrag an die Bundesregierung

323 Ein großes Hindernis auf dem Weg zum freien und selbstbestimmten Leben für alle Geschlechter
324 bleibt die ungleiche Aufteilung von Care-Arbeit zu Lasten von Frauen – mit dem ungerechten
325 Effekt der starken Lohn- und Rentenungleichheit zwischen Männern und Frauen. Gegen den
326 Gender Care Gap und den Gender Pay Gap, für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz und das Ende
327 des Ehegattensplittings kämpfen wir auf Bundesebene.

328 5.3 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt

329 Wir wollen, dass Berlin die Stadt wird, in der alle Menschen ihr Leben frei und
330 selbstbestimmt verwirklichen können. Niemand darf wegen der sexuellen Orientierung, der
331 sexuellen oder Geschlechtsidentität, wegen des Geschlechtsausdrucks oder vielfältiger
332 Geschlechtsmerkmale ausgegrenzt oder diskriminiert werden. Wir akzeptieren dies genauso
333 wenig wie Diskriminierung aufgrund des sozialen Status, der Hautfarbe, des Glaubens oder der
334 Herkunft. Besonders wichtig ist dies, wenn Menschen mehrfach diskriminiert werden, zum
335 Beispiel Schwarze oder muslimische queere Menschen. Für uns ist klar, queer geht nicht ohne
336 Feminismus und Queer-Feminismus nicht ohne Kampf gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung –
337 unsere Queerpolitik ist „intersektional“.

338 Queere Infrastruktur in ganz Berlin sichern

339 Wir haben die ganze Stadt im Blick und wollen, dass es in allen Bezirken queere
340 Infrastruktur gibt. Wir haben in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass Angebote
341 dazugekommen sind, sei es das erste queere Jugendzentrum, generationenübergreifende Wohn-
342 und Pflege-Gemeinschaften, die Fachstelle queere Bildung oder seit 2018 der Preis für
343 lesbische* Sichtbarkeit zur Würdigung des Schaffens von Lesben für Berlin. Diese
344 Infrastruktur werden wir weiter ausbauen. Wir brauchen Anlaufstellen, soziale Treffpunkte
345 und Beratungsstellen für queere Menschen, insbesondere Jugendliche, Ältere und mehrfach
346 diskriminierte Gruppen wie Geflüchtete. Gleichzeitig müssen die Bedürfnisse von LSBTIQ* in
347 allen Einrichtungen mitgedacht werden. Egal ob Familienzentrum, Senior*innenheim oder
348 Jugendclub – wir wollen, dass es Angebote für LSBTIQ* gibt. Einrichtungen vor Verdrängung zu
349 schützen, ist dabei eine zentrale Aufgabe.

350 Wir stärken Initiativen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt

351 Leider ist unsere Stadt nicht so liberal, wie es oft scheint. Auch hier werden Menschen
352 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität ausgegrenzt,
353 diskriminiert und tätlich angegriffen. Wir sagen Diskriminierung und Gewalt den Kampf an.
354 Wir haben eine Krisen- und Zufluchtswohnung eingerichtet, in der LSBTIQ* in akuten
355 Bedrohungssituationen eine anonyme, temporäre Unterbringung finden können. Der bisherigen
356 Initiative Sexuelle Vielfalt haben wir neuen Schwung verliehen und sie zur „Initiative
357 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV) erweitert.

358 Durch einen ressortübergreifenden Maßnahmenplan, den der Senat gemeinsam mit den lesbischen,
359 schwulen, bi-, trans*- und inter*-Communities erarbeitet, entsteht nun eine dauerhafte
360 Struktur für Akzeptanzarbeit für LSBTIQ*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele
361 Gruppen, Vereine und Aktivist*innen zu Wort kommen. Diese Arbeit werden wir fortsetzen. Die
362 Bezirke spielen in der Umsetzung eine wichtige Rolle, insbesondere die Außenbezirke sollen
363 gestärkt werden, denn Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsstrukturen darf nicht vom

364 Wohnort abhängen. Wir haben verankert, dass jeder Bezirk eine Ansprechperson für LSBTIQ*-
365 Angelegenheiten benennt, die als Schnittstelle zwischen Senatsverwaltung, Bezirk und
366 Akteur*innen fungiert. Auch an Kitas und Schulen muss geschlechtliche und sexuelle Vielfalt
367 stärker gelebt werden können. Hierbei brauchen sie Unterstützung. Wir unterstützen die
368 „Fachstelle queere Bildung“, die Initiative „Schule in Vielfalt“ und die Vielfaltsbroschüre
369 für Kita-Fachkräfte der zuständigen Senatsverwaltung.

370 Lesbische Sichtbarkeit stärken

371 In der Koalition haben wir das Ziel vorgegeben, die öffentliche Aufmerksamkeit für Lesben,
372 lesbisches Leben und lesbische Belange in Berlin zu erhöhen. Zudem werden wir eine
373 wissenschaftliche Aufarbeitung des Sorgerechtsentzugs in Berlin in Auftrag geben. Noch bis
374 Ende der 1990er Jahre wurden vielen Frauen ihre Kinder gerichtlich entzogen, wenn sie eine
375 lesbische Beziehung führten. Dieses Unrecht ist bisher kaum bekannt. Wir wollen dieses
376 dunkle Kapitel der jüngeren Geschichte aufarbeiten.

377 Die Bundesregierung muss handeln – wir nutzen jeden Spielraum in Berlin

378 Viele nötige Gesetzesänderungen können nur auf Bundesebene umgesetzt werden. Darum haben wir
379 eine Bundesratsinitiative zur Erweiterung des Art. 3 Grundgesetz um das Merkmal der
380 sexuellen Identität gestartet. Wir wollen, dass trans*, inter* und nicht-binäre Menschen
381 ihren Vornamen und ihren Geschlechtseintrag möglichst einfach anpassen und ändern können.
382 Momentan gibt es hohe bürokratische Auflagen, die auf Bundesebene abgebaut werden müssen.

383 Solange sich das nicht ändert, wollen wir, dass Berlin schon in den Bereichen vorangeht, in
384 denen das Land Gestaltungsspielraum hat. In Schulen und staatlichen Hochschulen wollen wir
385 die selbstbestimmte Namensänderung und die Änderung des Geschlechtseintrages ermöglichen.
386 Wir setzen uns dafür ein, dass der Personenstand „divers“ konsequent und gleichberechtigt in
387 allen öffentlichen Einrichtungen und der Berliner Verwaltung berücksichtigt wird, inklusive
388 der Anpassung aller Formulare.

389 Queere Rechte in Europa und weltweit

390 Wir stehen für die Rechte queerer Menschen ein – in Berlin und weltweit. Queer-Feindlichkeit
391 verstößt gegen die Menschenrechte. Berlin und die Bezirke haben ein breites
392 Städtepartnerschaftsnetzwerk. Als Regenbogenhauptstadt hat Berlin die Verantwortung, auch
393 gegenüber den Partnerstädten für queere Rechte und Gleichstellung einzutreten. Die LSBTIQ*-
394 freien Zonen in Polen und anderen Ländern sind Menschenrechtsverletzungen und müssen
395 aufgelöst werden. Über das „Rainbow Cities Network“ setzen wir uns im Ausland in über 30
396 Städten auch auf lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ* ein.

397 5.4 Freiheit schützen und bewahren

398 Berlin ist eine Stadt der Freiheit. Hier leben Menschen mit den unterschiedlichsten
399 Biographien, Identitäten, Zielen und Träumen. Allen Berliner*innen ist gemeinsam, dass sie
400 selbstbestimmt ihre Freiheit genießen wollen. Das gelingt nur, wenn alle sich sicher sein
401 können, dass ihre Rechte und ihre Würde geachtet werden – von den anderen genauso wie von
402 staatlichen Stellen. Ohne ein Grundgefühl von Sicherheit ist das schwer möglich, denn Angst
403 hemmt die Freiheit. Es ist deswegen unser Ziel, Sicherheit zu schaffen, ohne Freiheit zu
404 beschränken. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil: Wer Sicherheit nur durch Maßnahmen
405 erreichen will, die Rechte und Freiheit schmälern, hat das Ziel der offenen Gesellschaft und
406 des Rechtsstaates aufgegeben.

407 Mit einem großen Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir die größte innenpolitische Reform
408 in Berlin seit Jahrzehnten umgesetzt und eine*n unabhängige*n Polizei- und
409 Bürger*innenbeauftragte*n eingeführt. Das ist ein großer Erfolg. Uns ist gelungen, woran
410 andere Bundesländer gescheitert sind. Häufig waren dortige Änderungen an den
411 Sicherheitsgesetzen zu Recht begleitet von heftigen Protesten, nicht so in Berlin. Mit der
412 Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir Befugnisse zur Abwehr
413 terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer Verbrechen neu in das Gesetz aufgenommen.
414 Die Veröffentlichung kriminalitätsbelasteter Orte, an denen ohne Verdacht kontrolliert
415 werden kann, haben wir gesetzlich geregelt, genau wie die individuelle Kennzeichnung von
416 Beamte*innen. So ist auch Fehlverhalten von Polizist*innen leichter aufzuklären. Der Einsatz
417 von Vertrauenspersonen und verdeckten Ermittler*innen muss in der Regel nun durch ein
418 Gericht angeordnet werden. Wir haben die Bürger*innenrechte gestärkt und gleichzeitig dem
419 Bedürfnis der Berliner*innen nach mehr Sicherheit Rechnung getragen. Diesen Weg gehen wir
420 weiter.

421 Prävention ist der beste Weg

422 Die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen wird. Wir
423 wollen Instrumente der Prävention deshalb weiter stärken. Aufklärungs- und Beratungsangebote
424 sind dabei genauso wichtig wie die enge und klar strukturierte Zusammenarbeit von
425 Ordnungsämtern und Polizei mit Jugendämtern oder Sozialämtern. Prävention bedeutet für uns
426 nicht Überwachung und Kontrolle, um zu verhindern, dass Delikte begangen werden. Uns geht es
427 darum, gesellschaftliche Konfliktlagen zu entschärfen, bevor sie entstehen, möglichen
428 Täter*innen Alternativen zu bieten und frühzeitig Grenzen aufzuzeigen, um sie von einer
429 kriminellen Karriere abzubringen.

430 Polizei vor Ort stärken

431 Die Berliner Polizei muss ansprechbar, erreichbar und vor Ort sein. Präsenz und Nähe
432 schaffen Transparenz und Vertrauen. Wir wollen Mobile Wachen und Brennpunktstreifen weiter
433 ausbauen, um vor Ort Konflikte zu lösen und Kriminalität verhindern zu können. In enger
434 Kooperation mit sozialer Arbeit, Präventionsträgern und Zivilgesellschaft kann so verhindert
435 werden, dass Orte zu Angsträumen und Kriminalitätsschwerpunkten werden. Wir haben die
436 Fahrradstaffel mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir
437 wollen noch mehr Polizist*innen auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer*innen auf
438 Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit auf Berlins Straßen zu sorgen.

439 Die Berliner Polizei muss so divers sein wie unsere Stadt

440 Vielfältig, tolerant, offen, freiheitlich – das sind Attribute, die nicht nur auf Berlin
441 zutreffen, sondern auch die Berliner Polizei beschreiben müssen. Um das zu erreichen, werden
442 wir die Polizei jünger, weiblicher und diverser machen. Wir werden intensiv um Menschen
443 werben, die bisher in der Polizei keine Berufsperspektive für sich sehen. Wir werden die
444 Kompetenzen in diversitätssensibler Kommunikation stärken, in der Aus- und Fortbildung
445 ebenso wie im Polizeialltag durch Supervision. Diskriminierung und rassistische Tendenzen in
446 der Polizei werden wir untersuchen und mit allen Mitteln bekämpfen – sie haben in Berlin
447 keinen Platz.

448 Handeln zählt

449 Diskriminierung und Racial Profiling dürfen kein Mittel der Polizeiarbeit sein. Wenn
450 Kontrollen und andere Maßnahmen an der vermeintlichen Herkunft, Sprache, am Glauben oder an
451 sexueller Orientierung anknüpfen, läuft etwas doppelt falsch: Grundrechte werden missachtet
452 und effektive Kriminalitätsbekämpfung wird verhindert – denn keine dieser Kategorien hat
453 etwas mit Kriminalität zu tun. Polizeiliches Handeln muss sich nach dem Handeln der

454 Verdächtigen richten, deswegen lehnen wir verdachtsunabhängige Kontrollen ebenso ab wie
455 Verdächtigungen aufgrund des Erscheinungsbildes oder persönlicher Eigenschaften.

456 Wer Ziel einer polizeilichen Maßnahme wird, etwa einer Personenkontrolle, fühlt sich oft
457 bedrängt und unter unberechtigtem Verdacht. Wir wollen unbürokratische Nachweispflichten
458 einführen, so dass jede*r weiß, warum er*sie beispielsweise kontrolliert wurde und welche
459 Rechtsschutzmöglichkeiten es gibt. Die kritische Aufarbeitung des Fehlverhaltens einzelner
460 Polizist*innen schafft Vertrauen und stärkt die Arbeit der gesamten Polizei.

461 Die Ermittlungen rund um die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln werden wir genau
462 untersuchen und dazu direkt nach dem Beginn der neuen Legislaturperiode einen
463 parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen.

464 Sicherheitsbehörden stärken

465 Wir erwarten von unserer Polizei und Feuerwehr gute Arbeit. Dafür sind wir ihnen aber auch
466 die richtigen Bedingungen schuldig. Wir haben die Arbeitsbedingungen bereits durch
467 Neueinstellungen verbessert und viele profitieren von höherer Bezahlung. Die Arbeitszeiten
468 werden wir familienfreundlicher machen, die Gesundheit der Beamt*innen besser schützen,
469 Millionen von Überstunden abbauen und die Ausstattung verbessern. Und natürlich werden wir
470 Polizist*innen und Feuerwehrleuten, die im Dienst angegriffen werden, unsere Unterstützung
471 geben.

472 Keine Grundrechtseingriffe auf Vorrat

473 Der Tendenz der letzten Jahre und Jahrzehnte im Bund und in den meisten Bundesländern, immer
474 weitere Kompetenzen der Sicherheitsbehörden auf immer schwammigerer rechtlicher Grundlage zu
475 schaffen, erteilen wir eine klare Absage. Sicherheit entsteht nicht durch Überwachung und
476 Vorratsdatenspeicherung auf Kosten der Freiheit und Privatsphäre aller. Die
477 Sicherheitsbehörden brauchen effektive und wirksame Mittel im Kampf gegen Verbrechen und
478 Terrorismus, aber diese müssen klar definiert und an entsprechende Verdachtsmomente gebunden
479 sein. Weitreichende Überwachungs- und Eingriffsrechte führen nicht zu Sicherheit, sondern
480 zerstören das lebenswichtige Vertrauen in staatliche Institutionen.

481 Wir brauchen ein funktionierendes Frühwarnsystem gegenüber Verfassungsfeinden,
482 staatszersetzenden und demokratiegefährdenden extremistischen Personen und Strukturen.
483 Dieses benötigt eine hohe demokratische Legitimation und parlamentarische Kontrolle. Der
484 Berliner Verfassungsschutz musste sich in den letzten Jahren zwar wichtigen zusätzlichen
485 Herausforderungen stellen, konnte beim islamistischen Terroranschlag auf dem
486 Breitscheidplatz und in der rechtsextremen Neuköllner Anschlagsserie aber nicht überzeugen
487 und hat so weiter an Vertrauen verloren. Um eine Alternative für diesen Verfassungsschutz zu
488 schaffen, setzen wir auf eine wissenschaftliche Evaluation der bundesweiten
489 Sicherheitsarchitektur. So lange lehnen wir zusätzliche Befugnisse oder Mittel für den
490 Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form ab.

491 5.5 Wir setzen auf den Rechtsstaat

492 Der Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer offenen Gesellschaft und unserer Freiheit. Alle
493 Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können und ohne Willkür und Diskriminierung
494 behandelt werden. Dafür brauchen wir eine unabhängige, starke und moderne Justiz. In den
495 vergangenen Jahren haben wir die Berliner Justiz in großen Schritten besser aufgestellt.
496 Erstmals seit vielen Jahren ist im Allgemeinen Vollzugsdienst die Soll-Personalstärke wieder
497 erreicht. Nach jahrzehntelangem Stillstand haben wir ein Raumkonzept erarbeitet und mit

498 dessen Umsetzung begonnen: Mit dem Kathreiner-Haus am Kleistpark hat die Berliner Justiz –
499 erstmals seit 2005 – wieder ein zusätzliches Gerichtsgebäude erhalten, in das das
500 Verwaltungsgericht einziehen soll. Mit einem umfassenden Sanierungsprogramm haben wir
501 insbesondere die Justizvollzugsanstalten in Tegel und Moabit grundsaniert. Wir sind dabei,
502 Richter*innen mit mobilen Arbeitsgeräten auszustatten, haben für den Jugendarrest eine
503 gesetzliche Grundlage erarbeitet und die alte Jugendarrestanstalt saniert. Es ist viel
504 geschafft, um die Berliner Justiz besser aufzustellen. Und noch viel haben wir vor.

505 Organisierte Kriminalität bekämpfen

506 Organisierte Kriminalität sorgt für schwere Schäden, untergräbt die Gesellschaft und schadet
507 der Wirtschaft. Deshalb haben wir eine neue Spezialabteilung bei der Berliner
508 Staatsanwaltschaft gegründet, die der organisierten Kriminalität den Geldhahn zudreht, indem
509 die gesetzlichen Möglichkeiten der Einziehung von Vermögen voll ausgeschöpft werden.
510 Mithilfe einer besseren Schulung und Ausstattung der Polizei und enger Kooperation mit
511 anderen Bundesländern und europäischen Partner*innen werden wir weiter konsequent gegen
512 organisierte Kriminalität vorgehen. Um Geldwäsche einzudämmen, haben wir eine Taskforce zur
513 intensiveren Überwachung der Pflichten der Notar*innen eingerichtet. Den eingeschlagenen
514 Weg, das Vermögen aus der organisierten Kriminalität einzuziehen, wollen wir weitergehen und
515 wo möglich dafür nutzen, Opfergruppen zu unterstützen. Diese Arbeit wollen wir weiter
516 stärken.

517 Wirtschafts- und Umweltkriminalität stoppen

518 Wirtschaftskriminalität ist Teil der organisierten Kriminalität und auch ihre Bekämpfung
519 wollen wir weiter voranbringen. Im Alltag wird diese Kriminalität fälschlicherweise nicht
520 als direkte Bedrohung wahrgenommen, sie bedeutet aber Gewinne für die Täter*innen zum
521 immensen Schaden der Allgemeinheit. Wir wollen den Verfolgungsdruck konsequent erhöhen – die
522 Erfahrung zeigt, dass hier mit relativ wenig Mitteln große Erfolge erzielt werden können.
523 Deswegen wollen wir die entsprechenden Abteilungen der Polizei stärken und durch einen
524 Ausbau der Steuerfahndung verhindern, dass sich einige wenige zu Lasten aller bereichern.
525 Bei der Bekämpfung der Lebensmittelkriminalität, zum Beispiel der Fälschung von vermeintlich
526 hochwertigem Olivenöl, hat sich Berlin in den vergangenen Jahren an die Spitze der
527 Bundesländer gesetzt und sich für eine bessere Zusammenarbeit der beteiligten Behörden
528 eingesetzt, von der Lebensmittelüberwachung bis zum Zoll. Dies wollen wir weiter
529 vorantreiben.

530 Opfer stärken

531 Rechts- und Sicherheitspolitik orientiert sich zu oft an Täter*innen. Wir wollen die Opfer
532 stärker in den Blick nehmen. Nach dem islamistischen Anschlag auf dem Breitscheidplatz haben
533 wir eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen und deren Angehörige
534 eingerichtet. Wir wollen die Beratungs- und Betreuungsangebote ausbauen und aktiv auf die
535 Opfer von Straftaten zugehen, statt sie allzu oft alleinzulassen. Auch die psychosoziale
536 Betreuung von Opfern muss weiter deutlich verbessert werden, damit traumatische Folgen
537 möglichst verhindert werden. Der Täter-Opfer-Ausgleich soll in Zukunft eine wichtigere Rolle
538 spielen. Um ausuferndem Hass und Hetze insbesondere im Internet entgegenzutreten, haben wir
539 bei der Staatsanwaltschaft eine Zentralstelle Hasskriminalität gegründet und wollen in einem
540 Modellprojekt eine digitale Gewaltschutzambulanz einrichten. Sie soll psychologische
541 Unterstützung, technische Hilfe und Beratung beim Stellen einer Anzeige bieten.

542 Rechtsstaat braucht Richter*innen und Vollzugsbeamt*innen

543 In den letzten Jahren haben wir die Rahmenbedingungen für eine leistungsstarke und
544 bürgernahe Justiz geschaffen. Aber noch sind wir nicht am Ziel. Ganz besonders liegt uns am

545 Herzen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und familienfreundlicher zu machen,
546 Quereinstiege und Wechsel zu erleichtern. So wollen wir ermöglichen, dass Anwält*innen mit
547 spezifischer Facherfahrung bei einem Wechsel in die Justiz auch in dieser Fachmaterie
548 eingesetzt werden können. Vorerfahrungszeiten wollen wir großzügig anrechnen. Im
549 Justizvollzug werden wir den Gesundheitsschutz weiterentwickeln, um vor allem die negativen
550 Folgen der Schichtarbeit abzumildern. Um für genug Nachwuchs zu sorgen, wollen wir die
551 Jurist*innenausbildung reformieren. Auch die Förderung von Frauen werden wir weiter stärken:
552 mit einem transparenten Bewertungssystem, Frauenvertretungen, paritätisch besetzten Gremien
553 und Vorschlagslisten für den Richterwahlausschuss.

554 Wir wollen, dass unsere Justiz so divers wird wie Berlin. Besonders bei den Richter*innen
555 und Staatsanwält*innen haben wir noch einen langen Weg vor uns, bis die Richterbank so
556 divers wie die Stadt ist. Daher wollen wir dies langfristig bei Einstellungen und
557 Beförderungen ändern.

558 Rechtsstaat braucht Infrastruktur

559 Unsere Platz-Offensive für die Justiz werden wir fortsetzen. Den Justiz-Campus in Moabit
560 wollen wir weiterentwickeln und ein 12. Amtsgericht in Marzahn-Hellersdorf einsetzen, damit
561 die Justiz überall in Berlin einfach zu erreichen ist. Die vorhandenen Justizgebäude werden
562 wir energetisch sanieren und den bereits begonnen Bau von Solaranlagen und
563 Blockheizkraftwerk forcieren.

564 Digitalisierung voranbringen

565 Wir digitalisieren die Berliner Justiz. Der elektronische Rechtsverkehr und die
566 elektronische Akte (E-Justice) sollen bis zum Jahr 2026 kommen. Die Mehrheit der Berliner
567 Richter*innen wurde bereits mit mobilen Arbeitsgeräten ausgestattet, wir wollen, dass das
568 künftig für alle möglich wird, die in Gerichten arbeiten. Dabei gilt: Sicherheit und
569 Datenschutz stehen an oberster Stelle, kein Effizienzgewinn rechtfertigt die Beschränkung
570 der Prozessgrundsätze.

571 Rechtsstaat für alle

572 Wer in unserer Stadt lebt, muss seine Rechte auch durchsetzen können. Es darf nicht sein,
573 dass Armut, fehlende Bildung oder Diskriminierung dazu führen, dass Menschen nicht in vollem
574 Umfang ihre Rechte kennen und wahrnehmen. Mit niedrigschwelligem Zugang zur Justiz und zu
575 Beratungsangeboten sorgen wir dafür, dass das Recht wirklich für alle gleich ist!
576 Möglichkeiten kollektiver Rechtsdurchsetzung wie das Verbandsklagerecht wollen wir
577 ausweiten. Das Projekt „Wir im Rechtsstaat“, ein Rechtsbildungsprogramm für Geflüchtete,
578 werden wir weiterführen.

579 Gefangene werden Nachbar*innen

580 Ein Rechtsstaat beweist sich ganz besonders darin, wie er mit Straffälligen umgeht.
581 „Wegsperrern!“ kann niemals das Prinzip des Strafvollzugs sein. Strafvollzug soll dazu
582 dienen, dass straffällig Gewordene nach ihrer Haft wieder voll in die Gesellschaft eintreten
583 können und nicht rückfällig werden.

584 Projekte wie „Arbeit statt Strafe“, bei dem Menschen gemeinnützige Arbeit verrichten, statt
585 eine Freiheitsstrafe zu verbüßen, haben wir finanziell besser ausgestattet. Wo immer es zu
586 verantworten ist, setzen wir auf offenen Vollzug, um den Weg zurück in die Gesellschaft zu
587 erleichtern.

588 Strafgefangene brauchen mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung und eine bessere Betreuung vor
589 und nach der Entlassung. Wir haben daher das bundesweit einzigartige Projekt

590 „Resozialisierung durch Digitalisierung“ gestartet. In den kommenden Jahren werden alle
591 Gefangenen, bei denen dies zu verantworten ist, Zugang zu Internet und E-Mail erhalten – um
592 den Kontakt mit ihren Familien zu verbessern, digitale Bildungsangebote zu nutzen und sich
593 am Ende der Haft um einen Job zu bewerben. Nur so funktioniert Resozialisierung und wird die
594 „zweite Chance“ auch eine echte Chance.

595 Im Bereich des Jugendstrafrechts und des Jugendstrafvollzugs stehen der Erziehungsgedanke
596 und die Prävention für uns im Mittelpunkt. Jugendgerichte, Polizei und Jugendgerichtshilfe
597 arbeiten bereits ortsbezogen. Daher war es nur konsequent, auch die Jugendstaatsanwaltschaft
598 zu regionalisieren. Verfahrensabläufe „vor Ort“ zu vereinfachen und zu beschleunigen werden
599 wir fortsetzen.

600 Strafrecht als „Ultima Ratio“

601 Strafrecht darf immer nur das letzte Mittel sein. Darum haben wir in den vergangenen Jahren
602 Initiativen ergriffen, um zum Beispiel die Majestätsbeleidigung, das Informieren über
603 Schwangerschaftsabbrüche und das Fahren ohne Fahrschein zu entkriminalisieren. Auch den
604 Besitz von Cannabis wollen wir entkriminalisieren. Auch Elemente aus der NS-Zeit wollen wir
605 endlich aus dem Strafgesetzbuch verbannen. All das muss auf Bundesebene geregelt werden –
606 wir bleiben dran.

607 **5.6 Demokratie braucht Engagement: Partizipation,** 608 **Vielfalt und Transparenz stärken**

609 Berlin ist seit Jahrzehnten ein Ort, an dem das Ringen um Demokratie eine ganz besondere
610 Rolle spielt. Unzählige Ost-Berliner*innen haben 1989 mit ihrem Mut und mit ihrem Einstehen
611 für demokratische Werte die Mauer zwischen Ost- und West-Teil der Stadt zum Einsturz
612 gebracht und für alle Menschen in der Stadt die Demokratie erkämpft.

613 Berlin war und bleibt ein Ort, an dem eine lebendige Zivilgesellschaft immer wieder
614 Missstände benennt und dagegen aufsteht, an dem Demokratie gelebt und mit Engagement und
615 Widerstandsgeist verbessert wird. Diese aktive Vielfalt ist – gemeinsam mit unserem
616 Grundgesetz und unserer Landesverfassung – die Basis unseres demokratischen Zusammenlebens.
617 Wir wollen sie schützen und fördern, denn ohne diese Grundlage gibt es auf Dauer kein Leben
618 in Freiheit. Deshalb haben wir in dieser Wahlperiode die direkte Demokratie gestärkt, indem
619 wir das Abstimmungsgesetz geändert und dadurch die Durchführung von Volksinitiativen,
620 Volksbegehren und Volksentscheiden erleichtert haben. Dadurch wurde mehr Mitbestimmung für
621 die Berliner*innen möglich.

622 Demokratie heißt Vielfalt

623 Grundlage jeder Demokratie ist das Prinzip der Gleichheit der Menschen. Wir erleben in einer
624 vielfältigen Stadt wie Berlin aber allzu oft, dass dieses Prinzip mit Füßen getreten, mit
625 Hassparolen angegriffen und mit Verächtlichmachung ganzer Gruppen untergraben wird. Eine
626 Demokratie ist nur so gut wie der Schutz, die Rechte und die Freiheit, die Minderheiten
627 genießen. Wir stellen uns allen Tendenzen entgegen, die die Gleichheit aller Menschen
628 infrage stellen.

629 Mehr Transparenz von politischen Entscheidungen

630 Die Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen ist eine zentrale Voraussetzung für
631 das Vertrauen in demokratische Strukturen und die Landesverwaltungen. Wir wollen das
632 Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln und damit die
633 Veröffentlichungspflicht der Verwaltung und das Recht auf Akteneinsicht erweitern. Diese

634 Veröffentlichungspflicht soll sowohl für die Verwaltung als auch für die landeseigenen
635 Betriebe gelten. Die Kontrolle des Gesetzes soll durch eine*n Beauftragte*n für Datenschutz,
636 Transparenz und Informationsfreiheit erfolgen. Außerdem setzen wir uns für die Einführung
637 eines Lobbyregisters im Land Berlin ein.

638 Bürger*innenräte in Berlin einführen

639 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf Bezirksebene
640 und auch auf Landesebene sowie zu einzelnen thematischen Schwerpunkten Bürger*innenräte
641 etablieren, die sich zu bestimmten Themen temporär bilden und die Institutionen
642 repräsentativer Demokratie ebenso wie die Instrumente der direkten Demokratie ergänzen. Die
643 Teilnehmer*innen an den Räten werden durch das Zufallsprinzip gelost, um die Bandbreite der
644 Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu können. Gemeinsam mit der Verwaltung können dort
645 Lösungen für konkrete Probleme im Kiez oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen wir
646 die demokratischen Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz
647 politischer Entscheidungen auf lokaler Ebene erhöhen.

648 Stadtvertrag für Beteiligung

649 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Repräsentative,
650 direktdemokratische und dialogische Elemente gehören zusammen. Sie eröffnen auch
651 Einwohner*innen ohne Wahlrecht, sich an konkreten Projekten in der Stadt zu beteiligen, sie
652 machen eine Mitsprache zwischen den Wahlen und unabhängig von Parteien möglich, sie binden
653 Engagement und Sachverstand der Bürger*innen ein in eine gemeinwohlorientierte
654 Stadtentwicklung. Dazu wollen wir einen „Stadtvertrag Beteiligung“ erarbeiten: weitere
655 Stärkung der direkten Demokratie, transparente Verwaltung und Zugang zu Verwaltungswissen,
656 Ausbau der Beteiligungsbüros in der ganzen Stadt, das neue Instrument der Bürger*innenräte,
657 Bürger*innenentscheide auf Bezirksebene verbindlich machen, eine*n Beauftragte*n einsetzen,
658 um diese Prozesse zu begleiten und voranzutreiben.

659 Demokratische Initiativen stärken

660 Engagement ist das Rückgrat unserer Demokratie, deshalb braucht es unsere Förderung. Wir
661 haben mit dem Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus,
662 Rassismus und Antisemitismus“, der Initiative Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt (IGSV)
663 und zahlreichen anderen Programmen schon vieles getan. Aber wir wollen mehr: Wir wollen eine
664 dauerhafte und verlässliche Förderung solcher Projekte und deshalb wollen wir mit einem
665 Landesdemokratiefördergesetz dauerhafte Strukturen schaffen, um Engagement für Demokratie
666 und Vielfalt, gegen Hass und Rassismus zu stärken. Vor allem wollen wir Präventionsangebote
667 stärken sowie Anlaufstellen und Aussteigerprogramme verstetigen.

668 Wissen schaffen, Demokratiebildung ausweiten

669 Wir wollen den Berlin Monitor fortführen. Er hat die Erfahrungen der Berliner*innen im
670 Zusammenleben wissenschaftlich untersucht und wertvolle Hinweise gegeben, um gezielt
671 Probleme anzugehen. Um das demokratische Bewusstsein zu stärken, sind historische und
672 politische Bildung unerlässlich. Wir wollen die Landeszentrale für politische Bildung
673 stärken und insbesondere für junge Menschen und in Schulen ausweiten. Denn hier wird die
674 Grundlage für die Zukunft unserer Demokratie gelegt. Die Auseinandersetzung mit Rassismus,
675 Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gehört ebenso dazu
676 wie das Wissen um deutsche Kolonialgeschichte.

677 Hilfe und Beratung verbessern, Bewusstsein stärken

678 Viele Menschen erleben Diskriminierung und Hass, sei es wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens
679 oder ihrer sexuellen Identität. Die Betroffenen fühlen sich oft isoliert und ausgeschlossen
680 und brauchen deswegen Anlaufstellen, denen sie vertrauen können. Wir wollen solche Stellen
681 mit der Zivilgesellschaft schaffen und stärken. Ebenso werden wir in der öffentlichen
682 Verwaltung und in Schulen regelmäßige Fortbildungen einführen, um Rassismus und
683 Diskriminierung entgegenzuwirken.

684 Hass und politische Gewalt bekämpfen

685 Wir haben bereits eine Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft geschaffen, um gegen
686 politisch motivierte und Hasskriminalität vorzugehen, und werden sie weiter stärken. Wir
687 wollen damit insbesondere der Bedrohung jüdischen Lebens durch wachsenden Antisemitismus
688 entgegentreten und Hassbotschaften im Internet Einhalt gebieten.

689 5.7 Berlin bleibt Kulturhauptstadt

690 Berlin ist eine Kulturhauptstadt. Kaum eine andere Stadt hat ein so reichhaltiges Angebot an
691 Theatern, Museen, Orchestern und Chören, eine so vibrierende Film-, Literatur-, Musik- und
692 Clubszene, mit der Künstler*innen und Kreative Berlin spannend und lebenswert machen. Doch
693 diese Kunst- und Kulturmetropole ist unter Druck: Der übergroße Teil der Kulturschaffenden
694 gehört immer noch zu den Geringverdienenden in unserer Gesellschaft. Steigende Mieten und
695 Lebenshaltungskosten haben soziale Verdrängung und den Verlust künstlerischer Freiräume mit
696 sich gebracht. Durch den Lockdown in der Corona-Pandemie haben zahllose freischaffende
697 Künstler*innen und private Kulturorte von heute auf morgen ihre Existenzgrundlage verloren.
698 Wir stehen für den Erhalt und Ausbau von Berlins einmaliger Kulturlandschaft: Wir haben mit
699 Mindesthonoraren und neuen Förderprogrammen für eine Besserstellung von Künstler*innen
700 gesorgt, durch die Sicherung öffentlicher Liegenschaften sowie gezielte Immobilienankäufe
701 neue Kulturräume geschaffen und die kulturelle Grundversorgung in den Bezirken ausgebaut.
702 Nun wollen wir den nächsten Schritt machen, indem wir die Kulturraum-Frage ins Zentrum der
703 Stadtentwicklungspolitik rücken, die Fördersystematik zugunsten von mehr Gerechtigkeit,
704 Transparenz und Diversität reformieren und die Dekolonisierung Berlins weiter vorantreiben.

705 Kunst und Kultur brauchen mehr Raum in Berlin – und zwar dringend

706 Berlins Kulturleben hat einen bedeutenden Anteil an der Attraktivität und internationalen
707 Ausstrahlung der Stadt. Gleichzeitig waren und sind Kunst und Kultur immer mehr als ein
708 Wirtschaftssektor und deshalb auf öffentliche Förderung und Infrastruktur angewiesen. Daher
709 wollen wir bei der Neubau- und Ankaufspolitik des Landes wie in der Berliner
710 Stadtentwicklungspolitik ganz generell kulturelle Nutzungen und Bedarfe stärker in den
711 Vordergrund stellen. So, wie wir die Alte Münze als einen Kunst- und Kulturstandort mit dem
712 Schwerpunkt Musik gesichert haben, werden wir weitere öffentliche Liegenschaften als
713 künstlerische Produktions- und Präsentationsorte erschließen. Wir werden auch weiterhin
714 private Immobilien für diesen Zweck gezielt ankaufen und das sogenannte Arbeitsraumprogramm
715 im Dialog mit der Freien Szene und den Spartenverbänden weiterentwickeln. Bei Planung und
716 dem Bau neuer Stadtquartiere müssen künstlerische Zwecke und die Schaffung kultureller
717 Infrastruktur von vornherein mitberücksichtigt werden. Außerdem wollen wir sonstige
718 öffentliche Liegenschaften und Bauprojekte zugunsten einer Kulturnutzung öffnen:
719 Bildungseinrichtungen, Gerichte und Dienstgebäude der Berliner Verwaltung können außerhalb
720 ihrer normalen Öffnungszeiten als Probe- und Aufführungsorte fungieren – und beim Neubau
721 einer Schule können im Idealfall auch gleich neue Räume für die bezirkliche Musikschule oder
722 Jugendkunstschule entstehen. Dabei denken wir Kunst und Klimaschutz zusammen: Auch der
723 Kulturbereich muss seinen Anteil an der Einsparung von CO₂-Emissionen auf dem Weg zu einer

724 klimaneutralen Stadt erbringen. Das gilt insbesondere für die Museen und den Gastspiel- und
725 Festivalbetrieb, die zu den größten Treibhausgas-Emittenten gehören. Deshalb unterstützen
726 wir Konzepte für ein „Green Culture Desk“ und die Einrichtung eines entsprechenden Fonds.

727 Förderung der Freien Szene neu justieren

728 Berlins Freie Szene war schon immer eine Art Laboratorium für neue künstlerische Ausdrucks-
729 und Arbeitsformen und trägt durch ihre Innovationen erheblich zu der internationalen
730 Ausnahmestellung der Stadt bei. Die Förderstrukturen, die dies ermöglicht haben, werden den
731 neueren Entwicklungen hinsichtlich der Bandbreite und Ausdifferenzierung von Sparten und
732 Formaten sowie der künstlerischen Qualität und Professionalisierung dieser Szene allerdings
733 schon lange nicht mehr gerecht. Wir wollen die vorhandenen Förderinstrumente und -strukturen
734 deshalb zusammen mit Vertreter*innen der freien Verbänden und Kulturorte einer kritischen
735 Evaluation unterziehen und gemeinsam weiterentwickeln. Dabei wollen wir das fortsetzen, was
736 wir in dieser Legislatur mit dem Runden Tisch Tanz und den neuen Stipendien, der Einrichtung
737 eines Festivalfonds, der Ausweitung der Kinder- und Jugendtheater-Förderung und der Stärkung
738 der Ankerinstitutionen der Freien Szene begonnen haben. Auch die Arbeit und Strukturen der
739 freien Spartenverbände selbst wollen wir kontinuierlich unterstützen.

740 Zeit für eine diverse und feministische Kulturpolitik

741 Berlin ist eine vielfältige Metropole mit Menschen unterschiedlichster Migrationsgeschichte.
742 Diese gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt spiegelt sich in den städtischen
743 Kultureinrichtungen bislang nur unzureichend wider. Dies ist für uns eine Frage der
744 gerechten Teilhabe und Repräsentanz, aber auch eine Chance für künstlerische Entwicklungen,
745 die postmigrantische, transkulturelle Innovationen aufgreift. Die gesellschaftliche Vielfalt
746 muss endlich besser in den Angeboten der öffentlichen Kultureinrichtungen, ihren
747 Leitungspositionen und Aufsichtsgremien, bei der Besetzung von Jurys und in der
748 Kulturförderung als solcher zum Ausdruck kommen. Mit der Einrichtung eines Diversitätsfonds
749 und dem Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung (Diversity Arts Culture) haben wir
750 einen Anfang gemacht. Nun wollen wir die Förderpolitik nach Vorbild des New Yorker „Culture-
751 Plan“ umbauen.

752 Bei der Besetzung von Intendanten und anderen Spitzenpositionen im Kulturbereich müssen auch
753 endlich Frauen stärker berücksichtigt werden. Doppelspitzen und Intendant*innen-Kollektive
754 sollten nicht länger eine Ausnahme, sondern Normalität auch in großen Kulturinstitutionen
755 sein. Wir werden dem sogenannten Gender-Show-Gap und der Unterrepräsentanz von Frauen in
756 Regiepositionen entgegenwirken – dort, wo es sich wie beim Berliner Theatertreffen
757 realisieren lässt, gegebenenfalls auch in Form einer Quote.

758 Ein Zentrum der Kunst und Kreativwirtschaft im Flughafen Tempelhof

759 Wir wollen kreative Innovationen, speziell von Kleinstunternehmen, Solo-Selbstständigen und
760 freien Gruppen, fördern. Im Gebäude des Flughafens Tempelhof soll ein Zentrum für Kultur-
761 und Kreativwirtschaft entstehen, in dem Ateliers, Galerien, Proberäume und freie Spielorte
762 ebenso wie Produktions- und Präsentationsstätten für Design, Mode, Architektur oder Games
763 Platz finden. Alles, was dort produziert wird, soll unter dem Label „made in Berlin“ gezielt
764 vermarktet und präsentiert werden. Dazu wollen wir als digitale Ergänzung eine landeseigene
765 virtuelle „Plattform Berlin“ aufbauen. Auch im ehemaligen Flughafen Tegel wollen wir Raum
766 für die Kreativwirtschaft schaffen.

767 Freiheit der Medien garantieren

768 Die Medien erfüllen durch Information und Unterhaltung eine wichtige gesellschaftliche
769 Funktion. Freie Medien sind Grundlage für Demokratie. Mit großer Sorge verfolgen wir die

770 Angriffe, denen freie Medien verstärkt ausgesetzt sind. Wir stehen ein für Pressefreiheit
771 und werden die Unabhängigkeit von Journalist*innen wahren und sichern. Gerade der
772 öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgaben, die Breite der Gesellschaft abzubilden und
773 Ort der offenen Debatte der Gesellschaft zu sein. Deshalb ist es wichtig, dass die
774 jeweiligen Medienformate in ihrer Darstellung auch die Diversität der Gesellschaft
775 widerspiegeln und adressieren. Um die Vielfalt und Teilhabe von unterrepräsentierten Gruppen
776 im rbb zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg
777 weiterentwickeln.

778 „Berlin-Jahr“ für Absolvent*innen der Filmhochschulen

779 Der Film entwickelt sich zunehmend zu einem Aushängeschild der Berliner Kulturlandschaft. Um
780 hier ausgebildete Filmschaffende an Berlin zu binden, wollen wir ihnen in einem „Berlin-
781 Jahr“ eine Anschlussförderung und in Kooperation mit der Filmwirtschaft Arbeitsangebote
782 bieten. Um Möglichkeiten der Aus-, Weiter- und Fortbildung für Film- und Medienschaffende zu
783 verbessern, wollen wir die Angebote der Medienanstalt Berlin-Brandenburg ausweiten. Dazu
784 soll die Medienanstalt auch mit den Filmhochschulen kooperieren.

785 Clubkultur erhalten

786 Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur erhalten und dazu Standorte sichern. Um
787 Nutzungskonflikte mit Anrainern zu entschärfen, haben wir 2018 einen „Lärmschutzfonds für
788 Berliner Clubs“ ins Leben gerufen und mit einer Million Euro ausgestattet. Diesen Weg wollen
789 wir fortsetzen. Das „Agent of Change“-Prinzip wollen wir in ganz Berlin etablieren. Um Clubs
790 bauplanungsrechtlich besser abzusichern und ihnen einen einfacheren Zugang zu Fördermitteln
791 zu verschaffen, wollen wir diese Clubs auch offiziell als Kulturstätten anerkennen. Uns ist
792 wichtig, Clubs in ihrer Funktion als Orte der gesellschaftlichen Begegnung und „Safer
793 Spaces“, zum Beispiel für queere Menschen, zu stärken und gleichzeitig gemeinsam mit den
794 Betreiber*innen und der Clubkommission gegen Diskriminierung an der Tür und im Clubleben
795 vorzugehen.

796 Decolonize!

797 Mit dem von uns initiierten gesamtstädtischen Konzept für die Aufarbeitung und Erinnerung
798 der deutschen Kolonialvergangenheit ist Berlin vom Nachzügler zum Vorreiter bei der
799 Dekolonisierung geworden. Doch die ist ein Prozess, der nur im engen Dialog mit den
800 postmigrantisch-diasporischen Communities und den Nachkommen der Menschen in den ehemaligen
801 Kolonien gelingen kann. Wir wollen die Dekolonisierung der Berliner Kultureinrichtungen und
802 deren Arbeit im Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Dafür wollen wir
803 die in dieser Legislatur eingerichtete Koordinationsstelle und die Zusammenarbeit mit
804 Initiativen wie „Decolonize Berlin e.V.“ verstetigen. Die Berliner Bezirke und
805 Stadtteilinitiativen wollen wir bei der Umbenennung von Straßen und Plätzen, die noch heute
806 den Kolonialismus und die Kolonialverbrecher ehren, bestmöglich unterstützen, etwa indem wir
807 auf Landesebene Ressourcen für die wissenschaftliche Erforschung dieser Straßenhistorie zur
808 Verfügung stellen. An den Berliner Hochschulen sollen endlich Postcolonial und Black Studies
809 angeboten werden, wie es im angelsächsischen Raum längst der Fall ist. Und wir fordern
810 weiterhin die Errichtung eines Lern- und Erinnerungsortes gemeinsam mit dem Bund als
811 zentrale Gedenkstätte für die Opfer des deutschen Kolonialismus. Als ehemalige Hauptstadt
812 des deutschen Kolonialreichs und Ort zahlreicher kolonialer Sammlungen und Institutionen
813 steht Berlin ganz besonders in der Pflicht, deren Geschichte aufzuarbeiten: Wir setzen uns
814 für eine systematische Provenienzforschung und die Offenlegung der Inventarlisten der
815 Berliner Museen und Sammlungsbestände ein. Koloniale Raubkunst und menschliche Überreste
816 müssen den Herkunftsgesellschaften zurückgegeben werden, und das proaktiv. Wir wollen
817 außerdem Berlins Städtepartnerschaft mit Windhoek, Namibia, dafür nutzen, eine

818 Wiedergutmachung der Bundesrepublik für den Genozid an den Nama und Herero und die
819 Aussöhnung mit deren Nachkommen zu erreichen.

820 **5.8 Berlin ist solidarisch: Europa und die Welt im** 821 **Blick**

822 Wir wollen Berlin zu einer Stadt machen, die keinen zurücklässt. Berlin soll ein sicherer
823 Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise fliehen
824 mussten, und eine gute Heimat all denjenigen bieten, die in einer weltoffenen,
825 demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen. Alle Menschen, die in Berlin ankommen,
826 müssen eine Chance erhalten, sich in unserer Stadt ein Leben aufbauen zu können.

827 Berlin ist sicherer Hafen

828 Wir bekennen uns zu den europäischen Werten von Frieden, Demokratie, Menschenrechten und
829 Solidarität. Die Abschottungspolitik an den europäischen Außengrenzen steht diesen Werten
830 entgegen und ist eine Schande für Europa. Die Unterbringung von Geflüchteten in
831 menschenunwürdigen Lagern, wie in Moria auf Lesbos, zeigt das Scheitern der bisherigen
832 europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Wir fordern stattdessen eine solidarische und
833 menschenrechtsbasierte europäische Flüchtlingspolitik, die allen Asylsuchenden ein faires
834 Asylverfahren zusichert. Berlin hat bereits gezeigt, dass es bereit ist, Solidarität zu
835 zeigen und Menschen aufzunehmen. Bislang sind wir mit unserem Landesaufnahmeprogramm immer
836 wieder am Nein des Bundesinnenministers gescheitert. Diese Ablehnung ist für uns Ansporn.
837 Wir werden uns weiterhin für ein Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete aus den griechischen
838 Lagern einsetzen und haben erreicht, dass Berlin dafür sogar gegen das
839 Bundesinnenministerium klagt. Intensiv bemühen wir uns um besonders schutzbedürftige
840 Geflüchtete. Das entsprechende Aufnahmeprogramm wollen wir verlängern und dafür sorgen, dass
841 alleinreisende Frauen, Traumatisierte, Geflüchtete mit Behinderungen, LSBTIQ* und Familien
842 unmittelbar nach ihrer Ankunft die Beratung und Betreuung bekommen, die sie benötigen.

843 Eine echte Willkommensbehörde für Berlin

844 In Berlin ist die postmigrantische Einwanderungsgesellschaft schon lange Realität und in den
845 kommenden Jahren wird sie noch pluraler werden, als sie es jetzt schon ist. Nun gilt es,
846 diese Realitäten in Politik und Verwaltung abzubilden. Es muss unser Ziel sein, ein
847 friedliches, gerechtes und freies Leben für alle Berliner*innen zu ermöglichen. Dafür werden
848 wir das Berliner Landesamt für Einwanderung zu einer echten Willkommensbehörde
849 weiterentwickeln und alle nötigen Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung – vom
850 Aufenthaltsrecht über die Versorgung und Unterbringung bis zum Integrationskurs – bündeln.
851 Die Willkommensbehörde soll der für Integration zuständigen Senatsverwaltung unterstellt
852 werden. Ebenso soll die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht nicht länger im Innenressort
853 angesiedelt bleiben. Neuen Berliner*innen soll dadurch das Ankommen erleichtert und Teilhabe
854 soll ihnen ermöglicht werden. Die gesetzlichen Spielräume wollen wir konsequent zugunsten
855 der Betroffenen nutzen. Dazu gehört, dass die, die arbeiten oder sich bilden, auch bleiben
856 können. Ein prekärer Aufenthaltsstatus darf nicht länger die Aufnahme einer Ausbildung,
857 berufsvorbereitende Maßnahmen oder den Abschluss eines angebotenen Arbeitsvertrages
858 verhindern. Berlin kann nur all seine Potentiale ausschöpfen, wenn die Anerkennung von im
859 Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, von Ausbildung und Studium, vereinfacht wird.
860 Abschiebungen während Ausbildungsvorbereitung oder Ausbildung – dazu zählt auch die
861 Schulzeit oder der Besuch einer Hochschule – müssen für die gesamte Familie konsequent
862 ausgeschlossen sein. Abschiebungen sollen generell nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die
863 Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen, wie nach Afghanistan, lehnen wir ab.

864 Programm zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen

865 Auch politisch Verfolgten wollen wir in Berlin eine sichere Anlaufstelle geben. Besonders
866 Menschenrechtsverteidiger*innen sind in autoritären Regimen immer wieder massiver Repression
867 ausgesetzt. Wir haben in dieser Legislatur mehrere Programme zur Unterstützung von Menschen
868 aufgelegt, die in ihrer Heimat politisch verfolgt werden. Dadurch haben Betroffene aus
869 Journalismus, Kultur, Wissenschaft und Unternehmen die Möglichkeit, für eine gewisse Zeit in
870 Berlin in Sicherheit zu leben. Diese Programme wollen wir verstetigen und unter einem
871 gemeinsamen institutionellen Dach, einem Haus des Exils, ansiedeln. Berlin setzt dadurch ein
872 starkes Signal für den Schutz von Menschenrechten weltweit. Darüber hinaus setzen wir uns
873 dafür ein, dass in Berlin ein „Friedensforum“ entsteht, das als Begegnungsraum für zivile
874 Konfliktbearbeitung und gewaltfreie Konfliktlösung Friedensarbeit praktisch erfahrbar macht.

875 Berlin ist Fair Trade Town – das verpflichtet zu Verantwortung

876 Viele Produkte auf dem deutschen Markt werden in anderen Ländern oft unter katastrophalen
877 Bedingungen hergestellt: Umweltzerstörungen, Menschenrechtsverletzungen und ausbeuterische
878 Arbeitsverhältnisse werden für Profite in Kauf genommen. Für uns ist klar: Unternehmen und
879 Importeure müssen Verantwortung für ihre gesamte Lieferkette übernehmen. Die Auszeichnung
880 Berlins als Fair-Trade-Town im Jahr 2018 und die Gründung des Eine-Welt-Hauses waren dafür
881 erste wichtige Schritte. Wir wollen diesen Weg weitergehen und schrittweise eine faire und
882 ökologische Beschaffung in der Berliner Verwaltung umsetzen. Von Kaffee über Computer und
883 Kleidung bis zu Baumaterial – Berlin muss fair, sozial und nachhaltig einkaufen. Auf
884 Bundesebene setzen wir uns für ein Lieferkettengesetz ein, damit Verbraucher*innen
885 Transparenz erhalten und Umwelt- und Sozialstandards weltweit eingehalten werden.

886 Soziales Europa statt Ausbeutung

887 Ausbeutung von Arbeitskräften aus Europa ist in Berlin leider an der Tagesordnung – auf
888 Baustellen, in Hotels, im Bereich der Prostitution. Gegen diesen Missbrauch europäischer
889 Freizügigkeit gehen wir mit aller Kraft vor. Wir unterstützen entsprechende Kontrollen des
890 Zolls, zum Beispiel um die Missachtung des Mindestlohns auf Baustellen zu verhindern. Und
891 wir stärken zivilgesellschaftliche Organisationen, die wertvolle Arbeit leisten, um für
892 Transparenz zu sorgen und betroffene Menschen zu beraten, häufig sind dies Migrant*innen-
893 Selbst-Organisationen. Wir wollen diese sicher finanzieren und bei der Vernetzung
894 unterstützen, zum Beispiel mit Gewerkschaften und der Berliner Justiz. Häufig entsteht das
895 Problem, dass EU-Bürger*innen keine Ansprüche auf Sozialleistungen geltend machen können.
896 Auf Bundesebene arbeiten wir darum dafür, dass Leistungsausschlüsse abgeschafft werden. In
897 Berlin wollen wir mit einer Clearing-Stelle dafür sorgen, dass zentral alle Möglichkeiten
898 geprüft werden können. Wenn nötig werden wir Menschen auch auf Basis des Allgemeinen
899 Sicherheits- und Ordnungsgesetzes unterbringen. Ein Dach über dem Kopf zu haben ist ein
900 Grundrecht, dafür stehen wir ein, ausnahmslos.

901 Partnerschaften in der Europäischen Union

902 Es ist der historische Verdienst der Europäischen Union, einen Kontinent, der jahrzehntelang
903 von Krieg und Zerstörung gezeichnet war, in einen stabilen Frieden geführt zu haben. Der
904 Blick in unsere europäische Nachbarschaft zeigt, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist.
905 Wir müssen das europäische Projekt aktiv am Leben halten, Brücken bauen und den europäischen
906 Austausch fördern. Deshalb wollen wir zukünftig vor allem mit denjenigen Städten – vor allem
907 in Osteuropa – gezielt Kooperationen und Partnerschaften eingehen, die unsere Werte teilen.
908 Auch die Mitgliedschaft in bestehenden Städtenetzwerke, die sich für Klimaschutz, den
909 humanen Umgang mit Geflüchteten und gegen Rassismus einsetzen, wollen wir weiter ausbauen
910 und stärken. Auf EU-Ebene wollen wir die EU-Städteagenda nutzen, um noch stärker den

911 Austausch und die Kooperation, besonders im Bereich des Klimaschutzes, der
912 Kreislaufwirtschaft und der Energiewende, zu suchen.

913 Europa in die Berliner Landesverfassung

914 In der Stadt wollen wir Europa sichtbarer machen. Deshalb fordern wir, ein Bekenntnis zur
915 Europäischen Union auch in die Berliner Landesverfassung aufzunehmen, wie es in vielen
916 anderen Bundesländern der Fall ist. Darüber hinaus sollen die Bezirke über den Rat der
917 Bürgermeister besser in die Programmplanung des Landes Berlin für den Europäischen
918 Sozialfond (ESF) und den Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) eingebunden
919 werden. Die Europabeauftragten auf Bezirksebene sollen gestärkt werden und regelmäßig über
920 ihre Arbeit berichten. Auch das Abrufen von EU-Geldern durch die Bezirksverwaltungen wollen
921 wir vereinfachen, indem diese Koordinierungsstelle bei der Antragstellung unterstützt.

922 Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

923 1. Gleichstellung in allen Gesellschaftsbereichen

924 Wir kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Gesellschaftsbereichen – nicht
925 erst seit Corona, aber seit der Pandemie umso mehr: Krisenstäbe und alle anderen Gremien
926 müssen divers und geschlechterparitätisch besetzt sein. Um alle Haushaltsmittel
927 geschlechtergerecht zu verteilen, wollen wir das Gender-Budgeting weiter vorantreiben, indem
928 wir ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung einsetzen. Und damit Politik für
929 Frauen endlich als Querschnittsthema in allen Bereichen mitgedacht wird, wollen wir mit
930 allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und ressortübergreifende
931 Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen und eine Gesetzesfolgenabschätzung
932 einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt.

933 2. Rechtsextremen Terror aufklären – parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur
934 Terrorserie in Neukölln

935 Die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln steht in einer Linie mit Hanau und den NSU-
936 Morden. Es wurden Verbindungen der Berliner Polizei zur Polizeibehörde in Hessen bekannt,
937 aus der Todesdrohungen mit der Kennung NSU 2.0 verschickt wurden. Es mussten zwei
938 Staatsanwälte in der Berliner Justiz umgesetzt werden. Noch immer ist kaum etwas aufgeklärt
939 – weder Brandanschläge noch Bedrohungen und auch nicht der Mord an Burak Bektas aus dem Jahr
940 2012. Wir brauchen Klarheit über die Fälle, aber auch darüber, welche Rolle Berliner
941 Polizist*innen und Staatsanwält*innen spielen. Darum werden wir direkt zu Beginn der neuen
942 Legislaturperiode einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen. Aufklärung
943 schafft Vertrauen. Genau das braucht unsere Hauptstadt-Polizei.

944 3. Bürger*innenräte in Berlin einführen

945 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf Bezirks- und
946 Landesebene Bürger*innenräte etablieren, die sich zu bestimmten Themen temporär bilden und
947 die Institutionen repräsentativer Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer*innen an den Räten
948 werden durch das Zufallsprinzip gelost, um die Bandbreite der Gesellschaft in einem Kiez
949 abbilden zu können. Gemeinsam mit der Verwaltung können dort Lösungen für konkrete Probleme
950 im Kiez oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die demokratischen
951 Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer Entscheidungen
952 auf lokaler Ebene erhöhen.

953 4. Kulturförderung gerechter, transparenter und diverser gestalten

954 Wir wollen die Berliner Kulturförderung angesichts neuer Entwicklungen und
955 gesellschaftlicher Realitäten umgestalten: Die gesellschaftliche Diversität muss sich besser

956 in den kulturellen Angeboten und – nach New Yorker Vorbild – auch in der Besetzung von
957 Leitungsfunktionen und Förderstrukturen widerspiegeln. Mit innovativen Programmen und neuen
958 Kooperationsformen wollen wir mehr Fördergerechtigkeit für diejenigen erreichen, die bislang
959 durchs Raster fallen und sich von einem unterfinanzierten Projekt zum nächsten hangeln
960 müssen. Dies erreichen wir nur gemeinsam mit Vertreter*innen der freien Verbände und
961 Institutionen sowie mehr Partizipation und Transparenz bei kulturpolitischen Entscheidungen.

962 5. Eine Willkommensbehörde für Berlin

963 Berlin soll eine Willkommensbehörde bekommen. Wir haben bereits aus der „Ausländerbehörde“
964 das „Landesamt für Einwanderung“ gemacht. Jetzt kommt der nächste Schritt. In einer
965 Willkommensbehörde sollen alle Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung gebündelt werden
966 – vom Aufenthaltsrecht über den Integrationskurs bis zur Arbeitserlaubnis. Die
967 Willkommensbehörde soll im Kompetenzbereich der für Integration zuständigen Senatsverwaltung
968 liegen. Auch die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht soll vom Innenressort an die
969 Integrationsverwaltung übertragen werden. Gesetzliche Spielräume wollen wir konsequent
970 zugunsten der Betroffenen nutzen.